

Die Gesundheitsberufe in Nordrhein-Westfalen haben die Landesregierung aufgefordert, die Gesundheitsreform 2000 im Bundesrat zu stoppen. „Wenn die derzeit bekannten Pläne nicht noch gravierende Änderungen erfahren, führt die Reform zu Wartelisten und Unterversorgung unserer Patienten“, erklärte der Präsident der Ärztekammer Nordrhein und der Bundesärztekammer, Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, kürzlich vor der Landespressekonferenz in Düsseldorf.

Die bisherige Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung der Patienten dürfe nicht durch einen Abbau von Arbeitsplätzen gefährdet werden, unterstrich die Geschäftsführerin des NRW-Landesverbandes des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe, Marita Mauritz. Nach ihren Worten betrachten die Krankenschwestern und -pfleger den Bettenabbau in den Krankenhäusern mit großer Sorge.



Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Ärztekammer Nordrhein und der Bundesärztekammer

„Teilnehmer des Bündnis Gesundheit NRW 2000“ (auf Seite 11). Die Bündnispartner vertreten über 140.000 Mitglieder und repräsentieren die rund 800.000 Beschäftigten im nordrhein-westfälischen Gesundheitswesen.

„Der neue Präsident der deutschen Ärzteschaft Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe aus Nordrhein hat innerhalb weniger Monate ein kleines Wunder vollbracht“, kommentierte das *Rheinische Zahnärzteblatt* in seiner Septemerausgabe das Zustandekommen des

Gesundheitsberufe gegen Reformpläne

In Nordrhein-Westfalen haben sich bisher 31 Organisationen zusammengefunden, um über die von der Bundesregierung geplante Gesundheitsreform 2000 zu informieren.

von Horst Schumacher

Bündnisses, „erstmalig haben sich die Gesundheitsberufe bei uns zu einer Formation im Bündnis Gesundheit NRW 2000 zusammengefunden“.

Zweck des Zusammenschlusses ist es, die Bevölkerung über die Gefahren aufzuklären, die eine übereilt durchgezogene und systemverändernde Gesundheitsreform 2000 heraufbeschwören würde, heißt es im Positionspapier des Bündnisses. Bleibt es bei den bisherigen Plänen der Bundes-

regierung, befürchten die Gesundheitsberufe:

► **Leistungsabbau und Zuteilungsmedizin in der Patientenversorgung** aufgrund der starren Obergrenze für die Ausgaben (Globalbudget), die sich nicht am Bedarf der Patienten und am medizinischen Fortschritt ausrichtet.

► **Vernichtung zehntausender von Arbeitsplätzen** in Praxis und Krankenhaus. Die Bundesregierung gefährdet mit ihrer restriktiven Politik nach Überzeugung des Bündnisses Arbeitsplätze in einem Sektor, an dem allein in Nordrhein-Westfalen über 800.000 und bundesweit 4,2 Millionen Arbeitsplätze hängen. Dies stehe im krassen Gegensatz zur Erklärung der 6. Landesgesundheitskonferenz vom 10.10.1997, wonach „das Gesundheitswesen als eine der zukunftsträchtigen Wachstumsbranchen volkswirtschaftlich erwünschte Investitionen bewirken und Beschäftigungschancen eröffnen kann“.

► **Zerschlagung der einheitlichen Versorgungslandschaft.** Indem die Reform eine einseitige Stärkung der Macht der Krankenkassen vorsieht, wird nach Meinung der Bündnispartner die einheitliche, flächendeckende

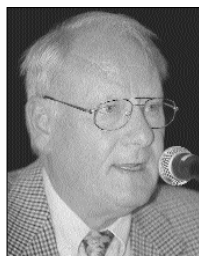
Versorgung der Bevölkerung zur Disposition gestellt. Denn die Kassen stehen untereinander im Wettbewerb. Deshalb müssen sie um ihres wirtschaftlichen Erfolges willen mehr an den „guten Risiken“ – sprich: gesunden Versicherten – interessiert sein als an den Kranken.

Bürgerforum in Düsseldorf

Bei einer Podiumsdiskussion Ende August in Düsseldorf, zu der rund 400 Zuhörer gekommen waren, erläuterten Vertreter des Bündnisses ihre Positio-



nen und beantworteten Fragen von Bürgern. Eingeladen, aber nicht vertreten waren die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsparteien. Aus Termingründen sagte Landesgesundheitsministerin Birgit Fischer ab. Sämtliche Mitglieder des Arbeitskreises Arbeit, Gesundheit und Soziales der SPD-Landtagsfraktion waren



Klaus Heinemann von der „Rheinischen Post“ moderierte das Bürgerforum des

„Bündnis Gesundheit Nordrhein-Westfalen 2000“. Alle Fotos: photo-team

nach Angaben ihres Sprechers Horst Vöge zur Präsenz im Plenum des Landtags verpflichtet. Als „Dialogverweigerung“ wertete dies der Moderator des Bürgerforums, Klaus Heinemann von der „Rheinischen Post“. Dagegen war die CDU-Opposition mit ihrem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hermann-Josef Arentz auf dem Podium prominent vertreten.

Das zentrale Ziel des „Bündnis Gesundheit 2000“ formulierte der Präsident der Ärztekammer Nordrhein und der Bundesärztekammer, Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, in seinem einleitenden Statement: „Die Gesetzesänderungen dürfen keine Verschlechterung der Patientenversorgung zur Folge haben.“ Genau dies sei jedoch zu befürchten, wenn der Gesetzgeber an dem ausschließlich durch ökonomische Größen definierten Globalbudget festhalte: „Ein Leistungsabbau wird dann unausweichlich sein.“

Medizinischer Fortschritt muß finanziert werden

Hoppe forderte, daß Mittel für die vorhersehbaren „rapiden weiteren Verbesserungen“ der medizinischen Möglichkeiten – zum Beispiel zur Therapie von Aids-kranken und Krebskranken – zur Verfügung gestellt werden. „Wir können dies nicht aus Budgetgründen verweigern“, sagte Hoppe. Der Kammerpräsident schlug vor, daß die medizinischen Versorgungsbedürfnisse der Bevölkerung bei der Definition des Globalbudgets berücksichtigt werden. „Schwerkranke und chronisch Kranke dürfen nicht mit einer Diskussion über die Kosten ihrer Behandlung belastet werden“, verlangte er.

Hoppe prognostizierte, daß sich der Unmut der Patienten über die von der starren Budgetierung erzwunge-

Teilnehmer des „Bündnis Gesundheit Nordrhein-Westfalen 2000“:
 Ärztekammer Nordrhein; Ärztekammer Westfalen-Lippe; Apothekerkammer Nordrhein; Apothekerkammer Westfalen-Lippe; Apothekerverband Nordrhein; Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen; Berufsverband der Arzt-, Zahnarzt- und Tierärzthelferinnen; Bund Deutscher Hebammen, Landesverband Nordrhein-Westfalen; Bundesverband der Angestellten in Apotheken, Landesverband Nordrhein; Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe, Landesverband Nordrhein-Westfalen; Deutscher Bundesverband für Logopädie; Deutscher Verband Technischer Assistenten, Regionalgruppe IV; Deutscher Verband der Ergotherapeuten, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen; Freier Verband Deutscher Zahnärzte; Hartmannbund, Landesverband Nordrhein; Hartmannbund, Landesverband Westfalen-Lippe; Hausärzterverband Nordrhein im BDA; Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein; Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe; Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein; Kassenzahnärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe; Landesverband in der Praxis Mitarbeitender Arztfrauen NRW; Landesverband nordrhein-westfälischer Krankengymnasten/Physiotherapeuten; Marburger Bund, Landesverband Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz; NAV-Virchowbund, Landesverband Nordrhein; NAV-Virchowbund, Landesverband Westfalen-Lippe; Verband Pflegemanagement NRW; Verband Physikalischer Therapie, Landesgruppen Mittelrhein und Westfalen/Niederrhein; Zahnärztekammer Nordrhein; Zahnärztekammer Westfalen-Lippe

beitsmarkt“, sagte der Kammerpräsident.

„Globalbudget führt in Zweiklassenmedizin“

Das Globalbudget in der bisher geplanten Form führe in die Zweiklassenmedizin, sagte Hermann-Josef Arentz, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen. „Diese Politik geht voll auf die Knochen der kleinen Leute, die nicht privat zukaufen können, was ihnen unter dem Budget vorenthalten wird“, meint der Abgeordnete. Er zitierte Fachleute, nach deren Ansicht das neue Gesundheitsreformgesetz mittelfristig rund 100.000 Arbeitsplätze allein in Nordrhein-Westfalen kosten würde.



Hermann-Josef Arentz, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von NRW

Darüber hinaus bestehe die Gefahr, „daß wir auch noch die forschende Pharmaindustrie aus dem Land her austreiben werden“, sagte Arentz. Scharfe Kritik übte er auch an der Krankenhauspolitik: „Das Land gibt seine Verantwortung an der Garderobe ab.“ Rund 20 Prozent der Krankenhäuser in NRW müßten „ins Gras beißen“, was „lange Wege auf dem Land“ zur Folge haben werde.

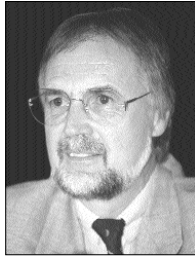
In der Heilmittelversorgung fehlt eine Milliarde

Fehlende Ehrlichkeit in der gesundheitspolitischen Diskussion bemängelte Eckhardt Böhle, 1. Vorsitzender des Deutschen Verbandes für Physiotherapie – Zentral-

nen Leistungseinschränkungen gegen die Leistungsträger im Gesundheitswesen richten wird: „Wir müssen uns mit den Patienten auseinandersetzen und den ganzen Ärger aushalten.“ Auch gegen diese vorhersehbare Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Patienten und Leistungsträgern im Gesundheitswesen richtete sich der Protest der Gesundheitsberufe.

Hoppe warnte vor einer Demotivation der im Gesundheitswesen Beschäftigten und einem weiteren Stellenabbau als Folgen des Globalbudgets. Er verwies darauf, daß in Deutschland über vier Millionen und in Nordrhein-Westfalen rund 800.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Gesundheitswesen abhängen. „Wenn man in diesem Bereich etwas kaputt macht, so hat das negative Auswirkungen auf den Ar-

verband der Physiotherapeuten/Krankengymnasten (ZVK). Die verantwortlichen Politiker behaupteten, es sei genug Geld im System. Dabei fehle bereits in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr eine Milliarde DM in der Heilmittelversorgung. Dies gehe zurück auf das sogenannte Solidaritätsstärkungsgesetz, das nach Böhles Worten in Wirklichkeit ein „Solidaritätsverweigerungsgesetz“ ist. Wegen des fehlenden Geldes sieht Böhle „heiße Zeiten in der Versorgung“ bereits im letzten Quartal 1999 voraus. „Budgetierung führt automatisch zu Rationierung“, so der Vorsitzende des Physiotherapeutenverbandes weiter, „aber die Politiker übernehmen die Verantwortung für ihre politischen Entscheidungen nicht, sondern verschieben sie auf die Ärzteschaft.“



Eckhardt Böhle, 1. Vorsitzender des Deutschen Verbandes für Physiotherapie – Zentralverband der Physiotherapeuten/Krankengymnasten

Die Einführung eines Globalbudgets und eines sektoralen Heilmittelbudgets mit der Gesundheitsreform 2000 lehnt der ZVK entschieden ab. Die Versorgung mit physiotherapeutischen Leistungen sei hierdurch gefährdet. Eine sinnvolle Alternative sieht Böhle in dem Einsatz eines Indikationskataloges, der qualitätssichernd und mengensteuernd wirke. Hierdurch erübrige sich auf längere Sicht ein sektorales Budget Heilmittel. Gleichzeitig werde sichergestellt, daß das medizinisch Notwendige zur Verfügung stehe.

Pflegekräfte fordern mehr Mitsprache



Peter F. Meurer, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen/Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe

„Wir gehen nicht in das nächste Jahrtausend, sondern schnurstracks zurück in die 60er Jahre“, umschrieb Peter F. Meurer die Situation der Pflege. Er vertrat auf dem Podium die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen sowie den Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe. Heute bereits werden nach Meurers Worten in der ambulanten Pflege, in den Altenheimen und Krankenhäusern Pflegestellen gestrichen und Ausbildungsplätze vernichtet. Eine leistungsbezogene Personalbemessung existiere nicht.

„Immer mehr Patienten werden in immer kürzerer Zeit mit immer mehr Verwaltungsaufwand von immer weniger Pflegekräften in den Krankenhäusern betreut“, sagte Meurer. Unter diesen Umständen flüchteten die Pflegekräfte aus dem Krankenhaus und schließlich – nach durchschnittlich nur fünf Jahren – aus dem Beruf.

Mit dem von der Bundesregierung geplanten Globalbudget ab dem Jahr 2000 werden solche Mißstände

nach Meurers Einschätzung drastisch verschärft. „Wenn die Ausgaben für das Gesundheitswesen ohne Berücksichtigung von pflegerischem und medizinischem Fortschritt und steigender Lohntarife festgelegt werden, dann muß zwangsläufig bei den Leistungen gespart werden“, sagte er.

Meurer forderte, das Wissen der Pflegepraktiker bei der Reform des Gesundheitswesens stärker zu berücksichtigen: „Wir Pflegekräfte sind 24 Stunden am Tag und 7 Tage in der Woche mit den Patienten zusammen. Darum müssen wir als Pflegepraktiker, als Experten an den Veränderungen des Gesundheitswesens beteiligt werden.“ Bisher gebe es jedoch keinerlei Mitsprache. Darüber hinaus stehe an den 39 pflegewissenschaftlichen Studiengängen in Deutschland ein weiterer Wissenspool zur Verfügung, der nicht genutzt werde.

Vertragsärzteschaft „zwischen Baum und Borke“

Eine Begrenzung der Mittel für das Gesundheitswesen werde zu einer Begrenzung der Leistungen führen, betonte auch der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Winfried Schorre. Unabhängig davon sei es das erklärte Ziel der Vertragsärzteschaft, „trotz Budgetdiktat dafür zu sorgen, daß das Notwendige auch weiterhin den Patienten erreicht“.



Dr. Winfried Schorre, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung

Allerdings werde das Notwendige von den Beteiligten im Gesundheitswesen höchst unterschiedlich definiert. In diesem Streit saßen die Ärztinnen und Ärzte „zwischen Baum und Borke“. Sie würden einerseits konfrontiert mit den Forderungen der klinischen Medizin und der Rechtsprechung, die eine Orientierung am jeweiligen Stand der medizinischen Wissenschaft forderten, außerdem mit dem Anspruch des einzelnen Patienten, der auch als Kassenpatient Anteil am medizinischen Fortschritt haben wolle.

Andererseits werden die Ärztinnen und Ärzte nach Schorres Worten mit den Forderungen der Politik nach einer rationellen und möglichst preiswerten Therapie im Interesse der Beitragssatzstabilität konfrontiert. Und die Krankenkassen strebten im Wettbewerb möglichst niedrige Beitragssätze an, den Patienten aber versprächen sie eine optimale Versorgung. Schorre forderte eine Mitverantwortung der Regierung für die Konsequenzen ihrer Budgetierungspolitik.

Gesundheitsreform 2000 untergräbt Arztgeheimnis

Nach einer repräsentativen Umfrage der Zahnärztekammer Nordrhein sehen sich 66,8 Prozent der niedergelassenen nordrheinischen Zahnärzte unter den geän-

derten wirtschafts- und gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen zum Personalabbau gezwungen. 83,4 Prozent wollen Praxisinvestitionen aufschieben. Dies gab auf dem Podium Dr. Kurt J. Gerritz bekannt, der für die Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein und den Freien Verband Deutscher Zahnärzte sprach.

Die Politik der Budgetierung führt heute bereits zu steigender Arbeitslosigkeit im zahnärztlichen Bereich, wie Gerritz belegte. So sei in Nordrhein-Westfalen die Zahl der arbeitslosen Zahnarzthelferinnen von 2.777 im September 1998 auf 3.635 im Juli 1999 gestiegen.

Gerritz kritisierte weiter, daß die Krankenkassen nach der Gesundheitsreform 2000 umfangreiche Datensammlungen über jede einzelne Behandlung anlegen dürfen. Aufgrund des Datenmaterials solle die Wirtschaftlichkeit der Behandlung überprüft werden. Gleichzeitig werde jedoch die Krankengeschichte jedes Patienten für die Krankenkasse transparent, so Gerritz. „Das Arztgeheimnis wird damit aufgehoben“, sagte er. Insgesamt bedeute das Gesetz einen Rückschritt für die Zahnheilkunde und führe zu mehr Bürokratie.



Dr. Kurt-Josef Gerritz, Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein/Freier Verband Deutscher Zahnärzte

im Interesse der Patientinnen und Patienten sein, in den Kliniken von völlig überarbeiteten Mitarbeitern versorgt zu werden.

Fachkundige Beratung in Frage gestellt

„Krankheit und Gesundheit sind nicht budgetfähig, innovative Medikamente werden von einer Positivisten ausgeschlossen“, kritisierte Apotheker Werner Heuking als Vertreter von Apothekerkammer und Apothekerverband Nordrhein die geplante Gesundheitsreform. Als „Dammoklesschwert“ bezeichnete er das im Gesetz vorgesehene „Benchmarking“, durch das die Höhe des Arzneimittelbudgets an den drei KV-Bezirken mit dem bundesweit niedrigsten Verbrauch bemessen werden soll.



Werner Heuking, Apothekerkammer Nordrhein und Apothekerverband Nord-

„Wir Apotheker sehen heute schon, daß Privatpatienten Medikamente erhalten, die dem Versicherten der gesetzlichen Kassen nicht erstattet werden“, sagte Heuking weiter, „so wird die Therapiefreiheit des Arztes beschnitten, mittelständische Unternehmen werden ausscheiden, Arbeitsplätze werden vernichtet.“ Heuking verwies darauf, daß in den deutschen Apotheken über 130.000 Beschäftigte tätig sind, darunter 80 Prozent Frauen. Die geplante Gesundheitspolitik stelle die tägliche Beratung durch fachkundiges Personal in der Apotheke in Frage.

Novelle muß für Refinanzierung tariflicher Personalkosten sorgen

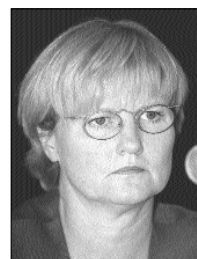


Dr. Ingo Flenker, Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe

Die geplante Gesundheitsreform müsse – über eine Änderung der Bundespflegegesetzverordnung – die volle Refinanzierung tariflicher Personalkosten im Krankenhaus garantieren, forderte der Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. Ingo Flenker. „Ansonsten werden unsere Krankenhäuser personell ausbluten und die bisher flächendeckend für jeden Bürger erreichbare Behandlung von international hoher Qualität nicht mehr sicherstellen können“, so der Kammerpräsident.

Nach seiner Darstellung sind die Löhne und Gehälter nach dem Bundesangestelltentarif in diesem Jahr um 3,1 Prozent gestiegen, während sich die an die Entwicklung der Grundlohnsumme gekoppelten Budgets lediglich um 1,66 Prozent erhöhen. Die sich daraus ergebende Differenz werde von den Kassen nur zu einem Drittel ausgeglichen. Damit komme eine Mehrbelastung von einer Milliarde DM auf die Kliniken zu. „Es steht zu befürchten, daß diese finanziellen Einbußen durch den Abbau von rund 13.300 Arbeitsplätzen kompensiert werden“, sagte Flenker. Dabei zeige ein Blick in die Krankenhäuser, daß die Belastungsgrenze der Mitarbeiter dort seit langem überschritten sei. Es könne nicht

500.000 Leistungsträger verunsichert



Ria Maaß, stellvertretende Bundesvorsitzende des Berufsverbandes der Arzt-, Zahnarzt- und Tierarzthelferinnen

Bei den Arzt- und Zahnarzthelferinnen lösen die Reformpläne der Bundesregierung Angst vor Arbeitsplatzverlusten aus. Das sagte die stellvertretende Bundesvorsitzende des Berufsverbandes der Arzt-, Zahnarzt- und Tierarzthelferinnen, Ria Maaß. Nach ihren Worten werden 500.000 Leistungsträgerinnen der ambulanten Versorgung durch den Gesetzentwurf verunsichert.

Maaß berichtete, daß die Zahl der arbeitslosen Zahnarzthelferinnen von 10.000 im März 1997 auf 14.000 im März 1999 gestiegen ist. Die Aus-

bildungsbereitschaft der Ärzte und Zahnärzte gehe zurück. „Wir beobachten schon eine Weile eine Fachkräfteflucht aus dem Gesundheitswesen“, sagte Maaß. Sie prophezeite einen Fachkräftemangel in naher Zukunft.

Kontaktadresse „Bündnis Gesundheit Nordrhein-Westfalen 2000“: Ärztekammer Nordrhein, Pressestelle Tersteegenstr. 31, 40474 Düsseldorf